

## MORNING NEWS

### 5. Januar 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	24.539,34	48,93	0,20	24.490,41	DJ 30	48.382,39	319,10	0,66	48.063,29
MDAX	30.979,74	362,07	1,18	30.617,67	NASDAQ	25.206,17	-43,68	-0,17	25.249,85
TEC DAX	3.637,96	22,69	0,63	3.615,27	Nikkei 225	51.931,61	1.592,13	3,16	50.339,48
Euro Stoxx50	5.850,38	58,97	1,02	5.791,41	Hang Seng	26.334,04	-4,43	-0,02	26.338,47
Bund Future	127,12	0,01	0,01	127,11	Euro / US-\$	1,1684	-0,00	-0,30	1,1719
Gold in US-\$	4.410,02	77,73	1,79	4.332,29	Öl (Brent) US-\$	60,41	-0,34	-0,56	60,75
Bitcoin / US-\$	92.317,57	1.079,36	1,18	91.238,21	Ethereum / US-\$	3.147,37	3,91	0,12	3.143,46

### Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.645	+106
NASDAQ Future	25.482,25	+97,00

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	202,76	0,81	0,00	201,95	236,92	1.473.093,00
Nokia OJ	5,57	0,01	0,00	5,56	6,51	26.556.715,00

### Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

### Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
EWU	Sentix Investorvertrauen	Januar	10:30	n/a
USA	ISM Index Verarbeitendes Gewerbe	Dezember	16:00	48,4 (48,2)
USA	Wards Kfz-Umsatz, gesamt	Dezember	n/a	15,75 (15,60) Mio

Quelle: Bloomberg

### Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,17 (0,89)	10-jährige Bonds	-0,297	4,19%
Volumen NASDAQ	7,31 (6,74)	30-jährige Bonds	-0,578	4,86%

()=Vortag

Am ersten Handelstag des Jahres hat die **Wall Street** im Verlauf **keine klare Richtung** gefunden. Der Dow-Jones-Index der Standardwerte notierte am Freitag leicht im Plus bei 48.382 Punkten. Der breit gefasste S&P 500 gewann leicht und lag bei 6858 Zählern. Der Index der Technologiebörse Nasdaq büßte 0,03 Prozent auf 23.235 Stellen ein. Im früheren Handelsverlauf waren die Börsenbarometer zeitweise um 0,4 bis 1,5 Prozent gestiegen.

Aus dieser Kursentwicklung sollte man jedoch "keine allzu weitreichenden Schlüsse ziehen, da der erste Handelstag in jüngerer Zeit ein äußerst schlechter Indikator für den weiteren Jahresverlauf gewesen ist", schrieben die Analysten der Deutschen Bank. Zum Jahresende hatten sich die US-Anleger vorsichtig gezeigt, obwohl die wichtigsten Börsenbarometer im Jahresverlauf insgesamt stark angestiegen waren. Börsianer nehmen laut Experten viele Sorgen mit ins neue Jahr - etwa jene rund um den Ukraine-Krieg, die US-Zinsen und eine mögliche Blase bei Technologieaktien.

In den kommenden Monaten dürfte die **Geldpolitik** weiter von großer Bedeutung für die Märkte sein. Die Investoren hoffen, dass vor allem die US-Notenbank Fed an ihrem jüngsten Lockerungskurs festhält. Die Währungshüter setzten auf ihrer Sitzung im Dezember den Leitzins um einen viertel Prozentpunkt auf die Spanne von 3,50 bis 3,75 Prozent herunter. Es war die dritte Zinssenkung in Folge.

Turbulenzen könnten auch mit Blick auf die **Nominierung des neuen Fed-Chefs** durch US-Präsident Trump drohen. Die Amtszeit des aktuellen Fed-Vorsitzenden Jerome Powell endet im Mai 2026. Analysten fürchten um die Unabhängigkeit der US-Notenbank, da Trump wiederholt betont hat, dass der neue Fed-Chef seinen Vorstellungen folgen müsse. Die US-Währung ließ 2025 ordentlich Federn. Am Freitag notierte der **Dollar-Index** stabil bei 98,434 Punkten.

Am Rohstoffmarkt setzten die Edelmetalle ihren Aufwärtstrend aus dem vergangenen Jahr fort. **Platin, Silber, Palladium** und **Gold** verteuerten sich in der Spitze um zwei bis fast sechs Prozent. Danach bauten sie ihre Gewinne teilweise wieder ab. Im vergangenen Jahr verteuerten sich Gold um 64 Prozent und Silber um 146 Prozent. Beliebt machten die Edelmetalle der Zinssenkungskurs der US-Notenbank Fed, geopolitische Konfliktherde, robuste Käufe der Zentralbanken und ETF-Zuflüsse.

Im Rampenlicht bei den Einzelwerten stand **Baidu** mit einem Plus von mehr als 15 Prozent. Der chinesische Suchmaschinenbetreiber teilte mit, dass seine KI-Chip-Tochter Kunlunxin einen Börsenzulassungsantrag bei der Hongkonger Börse eingereicht hat. Dies ebnet dem Unternehmen den Weg für eine Abspaltung und separate Börsennotierung.

Gefragt waren auch die Papiere von Einrichtungshäusern. **Wayfair, RH** und **Williams-Sonoma** legten um knapp zwei bis fast sechs Prozent zu. Die höheren US-Zölle auf Möbelimporte, die ursprünglich zum 1. Januar 2026 in Kraft treten sollten, werden nun um ein Jahr verschoben. Das geht aus einem Informationsblatt des Weißen Hauses hervor. US-Präsident Donald Trump hatte im September angeordnet, die Zölle auf Polstermöbel sowie Küchen- und Badschränke auf 30 und 50 Prozent von derzeit 25 Prozent zu erhöhen.

Der Beginn der Ära nach Warren Buffett bei **Berkshire Hathaway** belastete unterdessen die Titel der Investmentgesellschaft. Sowohl die B-Aktien als auch die A-Aktien verbilligten sich um etwas mehr als einen Prozent. Anleger reagieren damit auf den Rückzug des als "Orakel von Omaha" bekannten Starinvestors nach sechs Jahrzehnten an der Spitze des von ihm aufgebauten Billionen-Dollar-Konzerns. Bereits an Buffetts letztem Tag am Mittwoch hatten die Berkshire-Aktien nachgegeben.

## US Unternehmen

Nach Kritik an der jüngsten Möglichkeit, **freizügige Bilder unter anderem von Minderjährigen** mit Hilfe **Künstlicher Intelligenz** (KI) zu erstellen, hat Elon Musks **KI-Chatbot Grok** Fehler eingeräumt. Es seien "Schwachstellen in unseren Sicherheitsvorkehrungen festgestellt" worden, hieß es in einem Post auf der Plattform X. Diese sollten nun "mit größter Dringlichkeit" behoben werden. "Die Verbreitung von kinderpornografischem Material ist illegal und verboten", stellte die KI fest. Der KI-Chatbot hatte mit der Generierung anzüglicher Fotos Empörung bei X-Nutzern und massive Kritik ausgelöst (dpa/AFX).

## Marktmeldungen

In **Russland** bleiben die Börsen heute aufgrund eines **Feiertags** geschlossen.

Die **Deutsche Industrie- und Handelskammer** (DIHK) warnt vor einer **verstärkten Abwanderung heimischer Unternehmen ins Ausland**. "Die Gefahr ist real", sagte DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov am Sonntag der Nachrichtenagentur *Reuters*. Besonders die Industrie stehe massiv unter Druck. "Wir sehen klare Anzeichen für eine De-Industrialisierung: Mittelständische Betriebe verlagern ihre Produktion oder schließen ganz", sagte Melnikov. Seit 2019

seien bereits 400.000 Industriearbeitsplätze verloren gegangen. 2025 habe es mehr als 1600 Insolvenzen allein in der Industrie gegeben – so viele wie seit zwölf Jahren nicht mehr. "Das ist ein Alarmsignal für den Standort Deutschland", betonte die DIHK-Hauptgeschäftsführerin.

Das Düsseldorfer **Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung** (IMK) warnt einem Medienbericht zufolge in einer neuen Studie eindringlich vor dem dauerhaften Ausnehmen der **Ausgaben für Sicherheit und Verteidigung** von der **Schuldenbremse** des Grundgesetzes. Bleibe es bei der jetzigen Regelung, wonach das Gros der Verteidigungskosten über Kredite finanziert werden darf, "droht der Schuldenstand des deutschen Staates bis 2050 auf fast 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu steigen", zitiert die *Süddeutsche Zeitung* vorab aus der wissenschaftlichen Untersuchung. Zuletzt lag die Schuldenquote von Bund, Ländern und Gemeinden bei insgesamt gerade einmal 65 Prozent, heißt es in dem Vorabbericht weiter.

Zehntausende Menschen mitten im Winter ohne Strom, Heizung und warmes Essen, verbreitet Dunkelheit und ein Großeinsatz von Polizei und Rettungskräften: Der **Anschlag** auf die **Berliner Stromversorgung** vom Samstag hat für die Hauptstadt dramatische Folgen, die noch tagelang zu spüren sein werden. Einen Tag nach der Attacke auf wichtige Kabel nahe einem Kraftwerk im Berliner Südwesten steht für Politik und Behörden fest, dass es sich um einen politisch motivierten Anschlag handelt und **Linksextremisten** dahinterstehen. Ein aufgetauchtes **Bekennerschreiben einer "Vulkangruppe"** sei authentisch, teilte Innensenatorin Iris Spranger (SPD) mit. Zuvor hatte der Staatsschutz der Polizei das Schreiben geprüft, das auch auf mehreren einschlägigen Webportalen veröffentlicht wurde. Gleichzeitig rief Berlin eine sogenannte Großschadenslage aus, um so leichter etwa Hilfe der Bundeswehr in Anspruch nehmen zu können (dpa/AFX).

**Bayerns Ministerpräsident** Markus Söder (CSU) hält es für nötig, dass die **Deutschen länger arbeiten** und sich **seltener und kürzer krankschreiben** lassen. Mit Blick auf die Finanzierungsprobleme der Rentenkasse sagte er der *"Bild am Sonntag"*: "Wenn wir immer mehr ältere und immer weniger jüngere Menschen haben, kann man das nur ausgleichen, indem Deutschland länger arbeitet. Und zwar generell in der Lebenszeit." Nach Ansicht des **Deutschen Gewerkschaftsbunds** (DGB) in Bayern wird in Deutschland bereits heute viel gearbeitet. Vollzeitbeschäftigte kämen im Schnitt auf 41,4 Wochenstunden (dpa/AFX).

Weitere Zinssenkungen der **US-Notenbank** Fed dürften der Notenbankerin **Anna Paulson** noch eine Weile auf sich warten lassen. Die Währungshüter wollten die **Entwicklung der Wirtschaft** abwarten, sagte die Präsidentin der Fed von Philadelphia am Samstag. "Ich sehe eine Abschwächung der Inflation, eine Stabilisierung des Arbeitsmarktes und ein Wachstum von etwa zwei Prozent in diesem Jahr", heißt es in einem Manuskript für eine Rede Paulsons bei der Jahrestagung der Allied Social Science Associations in Philadelphia. "Wenn all dies eintritt, dann wären einige bescheidene weitere Anpassungen des Leitzinses im weiteren Verlauf des Jahres wahrscheinlich angemessen." (Reuters).

Der **japanische Notenbank-Gouverneur** Kazuo Ueda hat weitere **Zinserhöhungen** in Aussicht gestellt, sollten sich Konjunktur und Preise wie erwartet entwickeln. Die **japanische Wirtschaft** habe sich im vergangenen Jahr trotz der Belastung der Unternehmensgewinne durch höhere US-Zölle moderat erholt, erklärte Ueda am Montag in einer Rede vor dem Bankenverband des Landes. "Löhne und Preise werden höchstwahrscheinlich gemeinsam moderat steigen", sagte er. Eine Anpassung des Grades der geldpolitischen Unterstützung werde der Wirtschaft helfen, nachhaltig zu wachsen (Reuters).

Für den **US-Angriff** auf **Venezuela** ist nach Darstellung von US-Außenminister Marco Rubio keine Zustimmung des Kongresses vonnöten gewesen. "Sie war nicht erforderlich, weil es sich nicht um eine Invasion handelte. Wir haben kein Land besetzt. Es war eine Festnahme", sagte er im Gespräch mit dem Fernsehsender *ABC News*. Der **venezolanische Staatschef** Nicolás Maduro sei **von Einheiten der US-Bundespolizei FBI festgenommen** worden. Zudem seien ihm seine Rechte vorgelesen und er dann außer Landes gebracht worden, führte Rubio aus. In der Nacht zum Samstag hatte das US-Militär Venezuela angegriffen. Die US-Sender *CBS* und *CNN* berichteten, dass Maduro und seine Ehefrau Cilia Flores im Rahmen der Operation "Absolute Entschlossenheit" von Soldaten der US-Spezialeinheit Delta Force gefasst

wurde. Im Gespräch mit dem Sender *NBC News* sagte Rubio zudem, dass das US-Parlament bei weiteren US-Aktivitäten in Venezuela und in der Region nur dann einbezogen werden solle, wenn diese Pläne auch die Zustimmung des Kongresses erforderten. "Ansonsten wird der Kongress lediglich benachrichtigt", sagte er (dpa/AFX).

Inmitten der Unsicherheit über die **politische Zukunft Venezuelas** haben sich die **Streitkräfte** hinter **Vizepräsidentin Delcy Rodríguez** gestellt. Nach der Gefangennahme von Staatschef Nicolás Maduro durch US-Spezialeinheiten übernehme sie verfassungsgemäß die Führung des Landes, sagte Verteidigungsminister Vladimir Padrino umgeben von uniformierten Soldaten in einer Videobotschaft. Das Militär ist der entscheidende Machtfaktor in Venezuela, das Maduros linksautoritärer Regierung bislang treu ergeben war. Im gesamten Staatsgebiet würden Einheiten der Streitkräfte und der Polizei aktiviert, um die "imperialistische Aggression" der Vereinigten Staaten zurückzuschlagen, hieß es in der Mitteilung weiter. Die Gefangenennahme von Maduro sei eine "feige Entführung" gewesen, bei der die US-Spezialkräfte einen Großteil von Maduros Sicherheitsteam, Soldaten und unschuldige Bürger kaltblütig getötet hätten (dpa/AFX).

**US-Präsident** Donald Trump hat einem Medienbericht zufolge **Venezuelas Vizepräsidentin Delcy Rodríguez** gedroht. "Wenn sie nicht das Richtige tut, wird sie einen sehr hohen Preis zahlen, wahrscheinlich höher als (Nicolás) Maduro", sagte er in einem Telefonat mit der Zeitschrift *"The Atlantic"*. Die genaue Frage zu der Antwort veröffentlichte das Medium nicht - auch nicht, ob Trump sich dazu geäußert hatte, was er genau mit "richtig" meinte (dpa/AFX).

**US-Präsident** Donald Trump hat **Venezuela** nach der Gefangennahme von Präsident Nicolas Maduro mit einem zweiten Militärschlag gedroht. Sollten die verbliebenen Mitglieder der Regierung seine Bemühungen nicht unterstützen, das Land zu stabilisieren, sei dies eine Option, sagte Trump am Sonntag (Reuters).

**US-Präsident** Donald Trump hat der **Regierung Kolumbiens** mit einem Militäreinsatz gedroht. "Kolumbien ist auch sehr krank, regiert von einem kranken Mann", sagte Trump am Sonntag vor Journalisten an Bord der Air Force One. Damit spielte er offensichtlich auf den kolumbianischen Präsidenten Gustavo Petro an und fügte hinzu, dieser stelle Kokain her und verkaufe es an die USA. "Er wird das nicht mehr lange tun." Auf die direkte Frage, ob die USA eine Militäroperation gegen das Land anstreben würden, antwortete Trump: "Das klingt gut für mich." (Reuters).

Mit dem **Angriff auf Venezuela** haben die **USA** nach Darstellung des **Juristen Kai Ambos** gegen das **Völkerrecht** verstoßen. Vom WDR zu dem Vorgehen befragt, sagte Ambos: "Es ist völkerrechtswidrig, weil es eigentlich nur zwei Rechtfertigungsgründe für Anwendung militärischer Gewalt gibt." Nach Worten des Professors der Uni Göttingen sind dies entweder Selbstverteidigung oder ein Mandat der Vereinten Nationen. Ähnlich äußerte sich die **Professorin der Notre Dame Law School** im US-Bundesstaat Indiana, Mary Ellen O'Connell. Sie sprach von Kidnapping. "Die Charta der Vereinten Nationen macht sehr deutlich, dass es nur sehr wenige Fälle gibt, in denen ein Land das Recht hat, militärische Gewalt auf dem Territorium eines anderen Landes anzuwenden", sagte O'Connell dem Sender NBC. "Und es hat niemals das Recht, dies zu tun, um eine Person vor seine Gerichte zu stellen." (dpa/AFX).

"Die **Ereignisse in Venezuela** sind sehr bedenklich", erklärt Lars Klingbeil als **SPD-Parteivorsitzender**. "Der venezolanische Machthaber Maduro hat ein autoritäres Regime angeführt, das sich mit Gewalt und Unterdrückung an die Macht geklammert hat. Allerdings kann dies keine Rechtfertigung dafür sein, internationales Recht zu missachten." Das Völkerrecht sei zu achten. "Das gilt auch für das Handeln der USA." Jetzt müsse es darum gehen, "jegliche weitere Eskalation zu verhindern und den Pfad zu einem friedlichen Übergang zur Demokratie in Venezuela zu finden, damit die venezolanische Bevölkerung über ihre Zukunft selbst entscheiden kann", erklärt Klingbeil, der auch Finanzminister und Vizekanzler ist (Reuters).

**China** fordert die **USA** auf, **Maduro und dessen Frau** umgehend freizulassen. Die Lage in Venezuela solle durch Dialog und Verhandlungen gelöst werden, erklärt das Außenministerium in Peking. Es verurteilt die Gefangennahme des Ehepaars als Verstoß gegen das Völkerrecht und fordert die USA dazu auf, die persönliche Sicherheit von Maduro und seiner Frau zu gewährleisten (Reuters).

**US-Außenminister** Marco Rubio hat die **Regierung in Kuba** als "riesiges Problem" bezeichnet. Das sagte er beim US-Sender *NBC News* auf die Frage, ob nach dem US-Angriff auf Venezuela nun Kuba folge. Zwar wolle er nicht über zukünftige Schritte der US-Regierung mit Blick auf Kuba sprechen. "Aber ich denke, es ist kein Geheimnis, dass wir keine großen Fans des kubanischen Regimes sind." Dieses habe Venezuelas nun entmachteten Staatschef Nicolás Maduro unterstützt, sagte Rubio weiter (dpa/AFX).

**Großbritannien** und **Frankreich** haben nach britischen Angaben ein **mutmaßliches Waffenlager der Extremistenmiliz Islamischer Staat (IS)** in **Syrien** bombardiert. Der gemeinsame Angriff habe bereits am Samstagabend stattgefunden, teilt das Verteidigungsministerium in London mit. Ziel sei eine unterirdische Anlage in den Bergen nördlich von Palmyra gewesen. Die Aktion zeige die Entschlossenheit, ein Wiedererstarken des IS zu unterbinden, sagt Verteidigungsminister John Healey (Reuters).

Nach einem erneuten **Schaden an einem Telekommunikationskabel** in der Ostsee hat die **lettische Polizei** ein Schiff untersucht. Das **Schiff** und seine Besatzung seien nicht festgesetzt worden und die Besatzung kooperiere mit den Ermittlern, teilte die lettische Polizei am Sonntag mit. Der Schaden sei bereits am Freitag aufgetreten. Die Polizei habe das Schiff am Sonntag betreten. Nach Angaben des südlichen Nachbarlandes Litauen verläuft das Kabel von der Ortschaft Svetoji in Litauen zur Stadt Liepaja in Lettland. Die Entfernung beträgt etwa 65 Kilometer. Die Ursache des Vorfalls sei zunächst unklar, teilte das litauische Krisenmanagementzentrum mit (Reuters).

Ein Social-Media-Beitrag hat zu **diplomatischen Verstimmungen** zwischen den **USA** und **Dänemark** geführt. In dem Post auf X von Ex-Regierungsberaterin und Influencerin Katie Miller war eine Karte der zu Dänemark gehörenden Insel **Grönland** in die Farben der US-Flagge zu sehen. Dazu schrieb sie in Großbuchstaben ein einziges Wort: "BALD". Katie Miller hat über ihren Mann, Vize-Stabschef Stephen Miller, noch immer enge Beziehungen ins Weiße Haus. Nur einen Tag nach dem US-Angriff auf Venezuela schürte der Beitrag neue Ängste vor US-Begehrlichkeiten auf das autonom verwaltete Gebiet in der Arktis. **US-Präsident** Donald Trump ließ sich auch nicht lange bitten und sagte dem Magazin "Atlantic" kurze Zeit später: "Wir brauchen Grönland absolut." Die Insel sei "umzingelt von russischen und chinesischen Schiffen". Die **dänische Ministerpräsidentin** Mette Frederiksen bezeichnete Trumps Äußerung als unsinnig und forderte die Vereinigten Staaten auf, ihre "Drohungen" gegen ihren Nato-Bündnispartner einzustellen. Der Ministerpräsident des autonom verwalteten Grönland, Jens-Frederik Nielsen, wies Trumps Äußerung als "respektlos" zurück (dpa/AFX).

**Analog zu dem Vorgehen der USA in Venezuela** kann sich **Russlands Ex-Präsident** Dmitri Medwedew **ähnliche Entführungsaktionen gegen andere Staats- oder Regierungschefs** vorstellen, unter ihnen **Bundeskanzler** Friedrich Merz. "Die Entführung des Neonazis Merz könnte eine hervorragende Wendung in dieser Karnevalsserie sein", sagte Medwedew, aktuell Vizevorsitzender des nationalen Sicherheitsrats in Moskau, in einem Gespräch mit der Staatsagentur Tass. Ein solches Szenario hätte durchaus etwas Realistisches an sich, meinte er. "Es gibt sogar Gründe, ihn in Deutschland zu verfolgen, daher wäre es kein Verlust, zumal die Bürger umsonst leiden." (dpa/AFX).

Das **russische Föderationsratsmitglied** Alexei Puschkow warnt nach der **US-Militäraktion in Venezuela** vor einem Scheitern des Einsatzes. "Wird dieser 'Triumph' nicht in einer Katastrophe enden?", schreibt Puschkow auf dem Kurznachrichtendienst Telegram. Er zieht dabei Vergleiche zu früheren US-Interventionen. Zuvor hatte der **stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates**, Dmitri Medwedew, die Aktion als "rechtswidrig" verurteilt, aber zugleich anerkannt, dass US-Präsident Donald Trump konsequent US-Interessen verfolge (Reuters).

Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj hat den **US-Angriff auf Venezuela** und die Festnahme des gestürzten Staatschefs Nicolás Maduro als wegweisend gelobt, wie mit "Diktatoren" umzugehen ist. "Wenn man mit Diktatoren so umgehen kann, dann wissen die Vereinigten Staaten von Amerika, was sie als Nächstes tun müssen", sagte Selenskyj ukrainischen Medien zufolge in Kiew vor Journalisten. Demnach ließ der Kontext der Äußerung darauf schließen, dass Selenskyj Kremlchef Wladimir Putin im Blick hatte, ohne ihn namentlich zu erwähnen. Auf einer Pressekonferenz mit US-Präsident Donald Trump in Florida meinte zuvor Außenminister Marco Rubio, dass die Operation gegen Maduro eine Warnung auch für andere in der Welt sei, dass Amerika ernstzunehmen sei (dpa/AFX).



Der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj hat nach rund 2.000 russischen Luftangriffen in der Neujauchswoche die **Verbündeten zu mehr Unterstützung** für das Land aufgerufen. "Stabilität und Vorhersehbarkeit der Hilfe für die Ukraine sind das, was Moskau wirklich zur Diplomatie bewegen kann. Wir zählen auf weitere Verteidigungshilfe", schrieb Selenskyj auf Telegram. Im Laufe der vergangenen Woche habe Russland mehr als 1.070 Gleitbomben, fast 1.000 Drohnen und 6 Raketen gegen die Ukraine eingesetzt. Dabei erinnerte Selenskyj in einem Video auch an einen Angriff auf die Stadt Charkiw; dort gab es am 2. Januar zahlreiche Opfer. Am Sonntag stieg die Zahl der aus den Trümmern eines getroffenen Hauses geborgenen Toten auf vier, wie die Behörden mitteilten. Mehr als 30 Menschen waren verletzt worden (dpa/AFX).

Mit Blick auf die laufenden Verhandlungen äußerte **Selenskyj** einmal mehr die **Hoffnung auf einen gerechten und dauerhaften Frieden**. Die Ukraine setze auf künftige **Sicherheitsgarantien der USA, Europas und der Partner in der "Koalition der Willigen"**, zu der auch Deutschland gehört. Am Samstag hatten sich nationale Sicherheitsberater, Vertreter der EU und der Nato in Kiew getroffen, um weiter über solche Garantien zu sprechen. An diesem Dienstag soll in Paris die "Koalition der Willigen" zusammenkommen, um über Ergebnisse zu reden. Selenskyj fordert solide Sicherheitsgarantien der USA und der europäischen Staaten, die die Ukraine nach einem Kriegsende vor künftigen russischen Angriffen schützen sollen. Das bedeute ganz klar, dass "auf jeden Fall" mindestens französische und britische Truppen in der Ukraine stationiert sein würden, sagte Selenskyj am Samstag (dpa/AFX).

Das Wachstum im **chinesischen Dienstleistungssektor** hat sich im Dezember auf den niedrigsten Stand seit einem halben Jahr verlangsamt. Wie eine am Montag veröffentlichte Unternehmensumfrage zeigt, waren die Gründe dafür ein schwächeres Neugeschäft und eine sinkende Auslandsnachfrage. Der von S&P Global erstellte Einkaufsmanagerindex (PMI) für den Dienstleistungssektor von RatingDog China General Services fiel von 52,1 im Vormonat auf 52,0 Punkte. Ein Wert über der Marke von 50 Zählern signalisiert Wachstum. Das Wachstum des Neugeschäfts erreichte den niedrigsten Stand seit sechs Monaten, während das Auslandsgeschäft nach einer Zunahme im Vormonat wieder schrumpfte (Reuters).

**Taiwan** wirft **China** eine massive Zunahme von **Cyberangriffen** auf seine **kritische Infrastruktur von Krankenhäusern bis hin zu Banken** vor. Die Zahl der Attacken sei 2025 im Vergleich zum Vorjahr um sechs Prozent auf durchschnittlich 2,63 Millionen pro Tag gestiegen, teilte das nationale Sicherheitsbüro der Insel am Sonntag mit. Einige Angriffe seien zeitlich mit Militärübungen abgestimmt worden, um als "hybride Bedrohungen" die Insel lahmzulegen. Taiwan beklagt seit Jahren eine "hybride Kriegsführung" Pekings, die von militärischen Drohgebärden bis hin zu Desinformationskampagnen reicht (Reuters).

**Nordkorea** hat nach Angaben des südkoreanischen Militärs am Sonntag eine **ballistische Rakete** ins Meer vor seiner Ostküste abgefeuert. Die Rakete sei bereits niedergegangen, teilte das japanische Verteidigungsministerium mit. Es war der erste Test einer ballistischen Rakete durch die Regierung in Pjöngjang seit November. Nach der Intervention der USA in Venezuela hat Nordkorea nach eigenen Angaben **Hyperschall-Raketen** getestet. Die Raketenstarts hätten am Sonntag stattgefunden, um die militärische Einsatzfähigkeit zur Kriegsabschreckung zu prüfen, meldete die staatliche Nachrichtenagentur KCNA am Montag (Ortszeit) (Reuters).

## Öl & Gas

Das Ölkartell **Opec+** hält seine **Ölförderung** trotz interner politischer Spannungen und eines deutlichen Preisverfalls stabil. Dies teilte die Gruppe am Sonntag nach einem kurzen Online-Treffen mit. Die Ölpreise waren 2025 um mehr als 18 Prozent gefallen. Dies ist der stärkste jährliche Rückgang seit 2020 und wird auf Sorgen vor einem wachsenden Überangebot zurückgeführt. Die acht an der Entscheidung beteiligten Länder fördern etwa die Hälfte des weltweiten Öls. Sie hatten ihre Förderziele von April bis Dezember 2025 um rund 2,9 Millionen Barrel pro Tag erhöht. Im November einigten sie sich jedoch darauf, die Erhöhungen für die Monate Januar, Februar und März auszusetzen (Reuters).

## Reisen / Luftfahrt / Freizeit

Funkstille im Tower - dieses Horrorszenario erlebten **griechische Fluglotsen** am Sonntag, als plötzlich **keine Kommunikation** mehr untereinander und mit den Piloten möglich war. Alle griechischen Flughäfen waren betroffen, sämtliche Flüge Richtung Griechenland wurden umgeleitet. Erst nach mehreren Stunden konnte der Flugverkehr langsam wieder aufgenommen werden. Nach Angaben der griechischen Behörde für zivile Luftfahrt (HCAA) lag das Problem bei den zentralen Funk- und Kommunikationssystemen der Kontrollzentren für den griechischen Luftraum. Das technische Problem, dessen Ausmaß in dieser Form erstmals auftrete, werde weiterhin untersucht, teilte die Behörde mit (dpa/AFX).

## Versorger

Der Chef des Energiekonzerns **RWE**, Markus Krebber, rechnet mit **sinkenden Preisen** bei **Strom und Gas**. Die Großhandelspreise beim Strom seien stabil, sagte Krebber der *"Rheinischen Post"*. "Da der Staat die Netzentgelte bezuschusst, wird es für viele Stromkunden unterm Strich 2026 günstiger werden." Auf mittlere Frist erwarte er dann stabile Preise, denn die Erzeugung werde günstiger, während die Netzentgelte stiegen.



STEBING AG  
WERTPAPIERHANDELSBANK



## FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

[privatemarkets.faros-consulting.de](http://privatemarkets.faros-consulting.de)

### Kontakt

Wolfgang Steubing AG  
Wertpapierdienstleister  
Goethestraße 29  
60313 Frankfurt a. M.  
T +49 69 29716 0  
F +49 69 29716 111  
[info@steubing.com](mailto:info@steubing.com)  
[www.steubing.com](http://www.steubing.com)

### Morning News

Alexander Dietzer  
T +49 69 29716 149  
[alexander.dietzer@steubing.com](mailto:alexander.dietzer@steubing.com)

### Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn  
T +49 69 29716 131  
[michael.heidn@steubing.com](mailto:michael.heidn@steubing.com)

Wolfgang Schroth  
T +49 69 29716 144  
[wolfgang.schroth@steubing.com](mailto:wolfgang.schroth@steubing.com)

### Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

### Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)  
Graurheindorferstraße 108  
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28  
D-60439 Frankfurt

